

Regierung Merz am Abgrund

▶ Selten ist eine deutsche Regierung so schnell so krachend und so offensichtlich gescheitert wie die schwarze-rote politische Improvisation unter Bundeskanzler Friedrich Merz: Beim Thema Migrationspolitik herrscht Stagnation. Weihnachtsmärkte müssen befestigt werden, um Anschlägen vorzubeugen. Die wirtschaftliche Rezession wird zum Dauerzustand. Die Unsicherheit im Lande hält an.

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder beispielsweise und mit ihm offenbar weite Teile der politischen Klasse nehmen die Lage völlig anders war. Söder schreibt am 22. November 2025 bei X allen Ernstes: „Bei der #Migration haben wir geliefert. Die Grenzen sind gesichert! Jetzt müssen die #Abschiebungen erhöht werden.“

International spielen Deutschland und Europa nur noch eine untergeordnete Rolle. Um den Frieden vor unserer Haustüre in der Ukraine ringen US-Amerikaner, Ukrainer und Russen. Bei den Gesprächen sitzt Deutschland noch nicht einmal am Katzentisch. Friedrich Merz erfährt wichtige Neuigkeiten im Nachhinein aus den Nachrichten.

Zum Jahreswechsel ist keine Besserung in Sicht. Nur eine Hoffnung bleibt: Noch ist Deutschland nicht verloren! Denn der Widerstand in der Bevölkerung wächst täglich.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen trotz Alledem frohe Weihnachten!

Manfred Rouhs



Weihnachtsmärkte ohne Betonsperren wären viel zu gefährlich.

Wer zahlt für die Terror-Abwehr?

Weihnachtsmärkte in Gefahr

▶ Die Stadt Overath muss in diesem Jahr ohne ihren traditionellen Weihnachtsmarkt an der St. Walburga-Kirche auskommen. Der Stadtmarketingverein OVplus, der den Markt veranstaltet, konnte sich mit der Stadt Overath nicht über die Kostenübernahme für die seit 2016 bei solchen Veranstaltungen unvermeidbaren Sicherheitsmaßnahmen einigen.

Der „Focus“ zitiert den Vereinsvorsitzenden Andreas Koschmann mit dem Hinweis: „Bereits seit rund 1,5 Jahren befinden wir uns in einem Dialog bezüglich der Kostenübernahme für die notwendige Terrorabwehr mit der Overather Verwaltung. Leider ohne Erfolg.“ Bei einer ähnlichen Veranstaltungen übernahm der Verein zuletzt Kosten in Höhe von 7.000 Euro.

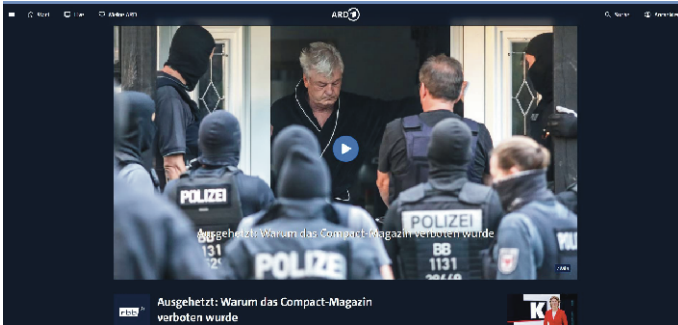
„Das Sterben der Weihnachtsmärkte ist eine Spätfolge von 2015“, schreibt Andreas Rosenfelder, Chefkom-

mentator der „Welt“. Denn: „Die ersten Weihnachtsmärkte fallen aus, weil der Sicherheitsaufwand zu hoch wird. Warum ist es neuerdings nötig, harmlose Feierlichkeiten in Hochsicherheitsanlagen zu verwandeln? Die Frage lässt sich nicht beantworten, ohne über die deutsche Migrationspolitik zu reden.“

Das scheinen deutsche Verwaltungsgerichte (VG) ähnlich einzuschätzen. So urteilte das VG Berlin bereits im Jahr 2019, dass Maßnahmen zur Terrorabwehr bei Weihnachtsmärkten eine hoheitliche Aufgabe sind. Die Kosten dafür dürfen nicht auf private Veranstalter abgewälzt werden.

Die Politik hat den Deutschen eine Lage eingebrockt, in der nicht nur, aber auch die Durchführung eines Weihnachtsmarktes zu einer hochriskanten Angelegenheit geworden ist. Den Preis dafür bezahlen wir alle - nicht nur in Geld.

„Compact“-Urteilsbegründung: Spektakuläre juristische Abfuhr für Verbotsphantasten



ARD-Bericht über das „Compact“-Verbot im Sommer 2024. Abbildung: Snapshot von der Internetseite der ARD

Im August 2024 hob das Bundesverwaltungsgericht ein auf das Vereinsrecht gestütztes Verbot des Magazins „Compact“ im einstweiligen Verfahren auf. Dem folgte im Sommer 2025 eine gleichlautende Entscheidung des Gerichtes in der Hauptsache, die von den Mainstream-Medien als das Resultat einiger Besonderheiten des Falls „Compact“ abgetan und wie eine Art juristischer Betriebsunfall behandelt wurde.

Die „tagesschau“ äußerte dazu am 24. Juni 2025:

„Die Meinungs- und Pressefreiheit sind für das Gericht aber so hohe Güter, dass es hier trotzdem nicht für ein Verbot des gesamten Magazins reicht. Für ein Verbot wäre die Voraussetzung, dass die verfassungsfeindlichen Inhalte das Gesamtangebot des Magazins 'prägen'. Genau diese Schwelle sei hier 'noch' nicht überschritten, so das Gericht. Weil es dort auch um viele andere Themen und Äußerungen gehe, die noch von der Meinungs- und Pressefreiheit gedeckt seien.“

Das heißt: Etwas weniger Themenbreite, und schon könnte eine hinrei-

chend politisch böse Publikation doch verboten werden.

Als aber jetzt, Anfang November 2025, das BVerwG die vollständige schriftliche Begründung der Aufhebung des „Compact“-Verbots öffentlich machte, schwiegen nicht nur ARD und ZDF, sondern

auch deren privatwirtschaftlich organisierte Consorten. Denn aus dem Text ergibt sich ein Scheitern der innenministeriellen Verbotsbemühungen gegen „Compact“ - wie potentiell auch gegen andere Medien - nicht nur im Detail, sondern auf ganzer Linie.

„Deutsches Verfassungsrecht steht der Anwendbarkeit des Vereinsgesetzes auf Presse- und Medienunternehmen nicht entgegen“, stellt das Gericht zunächst in der Randnummer 36 fest. D.h.: Die Träger notorisch krimineller Medien können nach dem Vereinsrecht verboten werden. Das ist beispielsweise für Projekte wie „Indymedia“ bedeutend.

Aber die verfahrensgegenständlichen, seinerzeit vom Bundesinnenministerium zitierten Ausführungen in „Compact“ zur Migrationspolitik sind nicht verfassungsfeindlich, wie das Gericht in der Randnummer 161 festhält:

„Größtenteils lassen sich die im angefochtenen Bescheid als verbotsrelevant angeführten Äußerungen unter Berücksichtigung der Deutungsvorgaben der Mei-

nungsfreiheit noch als Ausdruck einer polemisch formulierten Machtkritik und der verfassungsrechtlich unbedenklichen Forderung nach einer Verschärfung des Zuwanderungs- und Staatsangehörigkeitsrechts verstehen. Dies betrifft die weit überwiegende Zahl der von der Beklagten zur Begründung des Vereinsverbots angeführten Aussagen. Die vorstehend als verbotsrelevant gewürdigten Beiträge werden dadurch in beachtlichem Maße relativiert.“

Nancy Faesers politischer Einschüchterungsversuch in Richtung aller Migrationskritiker ist also voll nach hinten losgegangen. - Zudem ist es nicht verboten, „rechtsradikale“, ja sogar verfassungsfeindliche politische Auffassungen zu äußern. Unter der Randnummer 159 führt das Gericht aus:

„Sie unterfallen dem grundrechtlichen Schutz der Meinungs-, Presse- und Rundfunk- bzw. Medienfreiheit aus Art. 5 Abs. 1 GG. Das Grundgesetz gewährt die Meinungsfreiheit im Vertrauen auf die Kraft der freien öffentlichen Auseinandersetzung grundsätzlich auch den Feinden der Freiheit. Das Äußern und Verbreiten verfassungsfeindlicher Ideen - auch in Presse- und Medienerzeugnissen - überschreitet als solches noch nicht die Grenze der freien politischen Auseinandersetzung. Die Verfassung setzt grundsätzlich auf die freie, öffentliche Kommunikation und die Kraft des Diskurses. Rechtsradikales Gedankengut ist hiervon nicht per se ausgenommen, erst recht gilt dies für bloße Geschmacklosigkeiten oder wissenschaftliche Halbwahrheiten.“

Diese Wertung des höchsten deutschen Verwaltungsgerichtes entzieht allen gesinnungsorientierten Verbotsphantasten - auch beim Verfassungsschutz - die rechtliche Grundlage. Kein Wunder, dass sie im etablierten Medienbetrieb keine Berücksichtigung gefunden hat. Nach dem Informationsauftrag der öffentlichen Medien gegenüber der Öffentlichkeit werden wir in diesem Zusammenhang nicht fragen müssen: Es gibt ihn offenbar nur auf dem Papier.

Wie das US-Außenministerium mitteilt, haben die USA die „Antifa-Ost“ und drei weitere deutsche kriminelle Vereinigungen als Terrororganisationen eingestuft. Sie stehen jetzt nach US-Recht mit Organisationen wie der Hisbollah, Hamas und Al-Kaida sowie mit der US-„Antifa“ auf einer Stufe.

Zur Begründung heißt es, die „Antifa-Ost“ habe in den Jahren 2018 bis 2023 „zahlreiche Angriffe gegen Personen, die sie als ‚Faschisten‘ oder Teil der ‚rechten Szene‘ in Deutschland ansieht“ verübt. Bei mindestens einem Überfall in Ungarn im Februar 2023 wurde dabei auch eine völlig unpolitische Person schwer verletzt, die lediglich aufgrund ihrer Kleidung von Schlägern der „Antifa-Ost“ als „Neonazi“ eingestuft und angegriffen worden ist. Ein Mitglied der Gruppe, Maja T., ist seither in Ungarn inhaftiert und muss mit einer Haftstrafe von bis zu 24 Jahren rechnen. Der Prozess dauert an und wird im Januar 2026 fortgesetzt.

Nicht nur den Mitgliedern terroristischer Gruppen droht die Beschlagnahmung von Vermögen, auf die US-Behörden Zugriff haben, sowie ein Einreiseverbot in die USA, sondern auch deren Unterstützern. Vertreter der Linken und der Grünen haben wiederholt die Freilassung von Maja T. eingefordert und verharmlosen den Terror der „Antifa“. Dazu gehören Heidi Reichinnek (Die Linke) und Katrin Göring-Eckardt (Grüne), die möglicherweise mit Problemen rechnen müssten, falls sie in die USA reisen würden.

Auch deutsche Strafverfolger bewerten die „Antifa-Ost“ als kriminelle Vereinigung. Im Juli 2025 hat die Bundesanwaltschaft gegen sechs mutmaßliche Mitglieder der Gruppe in Düsseldorf Anklage erhoben, denen sie die Beteiligung an Überfällen auf angebliche „Rechtsextremisten“ vorwirft. Die Tatvorwürfe lauten: Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, gefährliche Körperverletzung und versuchter Mord.



Vermummter „Antifaschist“ in Los Angeles, California, USA | Foto: Shutterstock

Schwerer Schlag für Rot-Grün: USA stufen deutsche „Antifa-Ost“ als Terrororganisation

Solidarität mit den Verfolgten im Budapest-Komplex – Aufruf zur Demonstration am 25.01.2025 in Jena



Screenshot einer Internetseite der „Antifa-Ost“.

Problematische Rede des Bundespräsidenten: Steinmeier gießt Öl ins Feuer der gesellschaftlichen Spaltung



Am 9. November 2025 stärkte der Bundespräsident der politischen Klasse den Rücken und verteilte die Opposition. Foto: Standbild YouTube

► Der Bundespräsident soll, wie es Johannes Rau (SPD) in diesem Amt einmal formuliert hat, „versöhnen statt spalten“. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (ebenfalls SPD) tat am 9. November 2025 das genaue Gegenteil und nutzte die Gelegenheit einer Rede zum Jahrestag des Mauerfalls in Berlin 1989 für eine kaum verhohlenen tagespoli-

tisch geprägte, leicht durchschaubare Kampfansage an die AfD.

Dabei schob er die Ereignisse von 1989 in den Hintergrund und fokussierte die NS-Pogrome von 1938, wobei er den damaligen Zuspruch für die NS-Bewegung mit der aktuell steigenden Zustimmung für zuwanderungskritische politi-

sche Kräfte und insbesondere für die AfD gleichsetzte - ohne die AfD direkt zu erwähnen. Sein Rezept ist kein Ansatz zur Lösung der aktuellen politischen Probleme Deutschlands. Er bevorzugt Ausgrenzung, Brandmauern und Verbote.

Die alte politische Klasse will unter sich bleiben und den politischen sowie wirtschaftlichen Niedergang Deutschlands weiterlaufen lassen. Dem sieht der Bundespräsident nicht wortlos zu, im Gegenteil: er befördert und lobt die Kräfte der Zersetzung.

Der Analphabetismus in unserem Land grassiert. Am deutschen Arbeitsmarkt tummeln sich immer mehr Menschen mit schlechter oder gar keine Ausbildung. Die Gewaltkriminalität wächst. Kein Tag vergeht ohne Messertaten. Weihnachtsmärkte ähneln verbarrikadierten Stellungssystemen in einem Kriegsgebiet. Die Rezession wird zum Dauerzustand.

Die politischen Verantwortlichen aber, deren Zuspruch in der Bevölkerung sinkt, wollen das Weltklima retten. Und vor allem sich selbst. Frank-Walter Steinmeier steht ihnen nicht nur bei, er ist einer von ihnen und agitiert aus Schloss Bellevue heraus wie aus der Mitte einer Wagenburg, mit der sich ein verlorener Haufen gegen die Wirklichkeit einzuigeln versucht.

„Versöhnen statt spalten“ war gestern. Das neue Motto im Bundespräsidialamt könnte lauten: „Rette sich, wer kann.“

500 Milliarden Euro jährliche Migrationskosten

Die Migrationspolitik kostet den Steuerzahler rund 500 Milliarden Euro jährlich. SIGNAL Nr. 36 enthält dazu alle Fakten. Bitte kostenlos anfordern zur Weitergabe an politisch interessierte Freund und Bekannte: Telefonisch unter 030 - 66 40 84 13 oder per eMail an: kontakt@signal-online.de

Nr. 36 / 3. Quartal 2025 / 2025 1077

SIGNAL

Migration: Mutter aller Probleme?

► Ralf Schuler hat im September 2025, als er nach Bundesminister und CDU-Vorsitzender war, die Migration als „Mutter aller politischen Probleme“ in Deutschland bezeichnet. Hat er damit eine Politik der offenen Grenzen, die immer mehr Menschen in Deutschland einreisen lassen, angesprochen? Oder ist es die Abgrenzung, die als politische Entscheidung in Deutschland steht, die die Migration steuert?

Die in Deutschland lebenden Flüchtlinge werden immer mehr. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die Migration zu steuern und zu kontrollieren. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die Migration zu steuern und zu kontrollieren. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die Migration zu steuern und zu kontrollieren.

Wahlversprechen gebrochen: Wo bleibt die Migrationswende, Herr Merz?

► Die Zahl der in Deutschland zuwandernden Ausländerinnen und Ausländer ist im Jahr 2025 um 100.000 gestiegen. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die Migration zu steuern und zu kontrollieren. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die Migration zu steuern und zu kontrollieren. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die Migration zu steuern und zu kontrollieren.



Soldaten des Wachbataillons der Bundeswehr üben den Kampf im Untergrund des Regierungsviertels in Berlin: „Die Bilder des Einsatzes erinnern an Szenen aus dem Film 'Der Untergang' von 2004 ...“ Foto: YouTube-Standbild

„Bollwerk Bärin III“: Die Bundeswehr übt den Untergang

► Das für den Schutz des Regierungsviertels in Berlin sowie für repräsentative Aufgaben zuständige Wachbataillon der Bundeswehr hat des Nachts mitten im Zentrum der deutschen Hauptstadt den Ernstfall geprobt: Kampf um jeden Straßenzug. Feuergefechte in den U-Bahn-Schächten. Verwundete bergen. Saboteure festnehmen. Regierungseinrichtungen verteidigen. - Das alles muss sitzen, falls der Russe kommt, oder wer auch immer.

Oberstleutnant Maik Teichgräber, der Kommandeur des Wachbataillons, plant vorausschauend. „Wir müssen letztlich vom scharfen Ende denken“, sagt er im Interview mit der „Epoch Times“. Also lässt er nicht irgendwo in Brandenburg einen Wolgograder Wohnblock

nachbauen, um den Häuserkampf zu proben, sondern übt gleich dort, wo der letzte deutsche-russische Krieg endete. Die Bilder des Einsatzes erinnern an Szenen aus dem Film „Der Untergang“ von 2004, nur dass die eingesetzten Kräfte wie frisch aus dem Ei gepellt und gut genährt wirken.

Im historischen Original waren es französische Freiwillige der Division Karl der Große, die jene Straßenzüge und U-Bahn-Anlagen verteidigt haben, in denen sich jetzt Teichgräbers Truppe tummelte. Sie schossen nebenan in der Wilhelmstraße noch eine stattliche Zahl Josef-Stalin-II-Panzer zusammen und hatten im April 1945 nichts mehr zu verlieren, nachdem US-Amerikaner und Briten den Rückweg in ihrer Heimat verstellten.

Dem war eine blutige Odyssee durch halb Europa vorausgegangen.

Die spart sich der Bund. Weil ja seine Führung die Sache „letztlich vom scharfen Ende denken“ will.

Es wäre wohl auch niemand da, der zuvor erst noch nach Wolgograd marschieren könnte. Teichgräbers Ziele sind bescheiden und realistisch: „Wir haben den Auftrag, einsatzbereit zu werden, und das gilt auch für das Wachbataillon“, sagt er der „Welt“.

Üben, nicht um zu siegen, sondern um einsatzbereit zu werden. Und hoffen, dass es gut geht - das ist die Bundeswehr 2025.

Ein US-Gericht hat den Musiker Pras Michél von den „Fugees“ zu 14 Jahren Haft verurteilt. Eine US-Bundes-Jury hatte seine Schuld bereits im April 2023 festgestellt, jetzt erfolgte die Festsetzung des Strafmaßes. Das Urteil lautet auf Verschwörung, Geldwäsche, illegale Lobbyarbeit und weitere Anklagepunkte.

Pras Michél hatte ab 2012 mehr als 100 Millionen US-Dollar über Mittelsmänner und Scheinfirmen in Wahlkämpfe und politische Kampagnen von Barack Obama geschleust. Das Geld stammt nach den Feststellungen des Gerichts vom malaiischen Finanz-Kriminellen Low Taek Jho, der abgetaucht ist und mit internationalem Haftbefehl gesucht wird.

Low Taek Jho hatte rund 4,5 Milliarden US-Dollar aus einem Entwicklungshilfe-Fond für Malaysia abgezweigt und davon einen Teil für Kampagnen der US-Demokraten zur Verfügung gestellt. Die in Rede stehenden Gelder des „1Malaysia Development Berhad“ stammten von privaten Investoren, aber auch aus staatlichen US-Mitteln. Der mittlerweile insolvente Fonds stand vollständig im Eigentum des malaiischen Finanzministeriums. Er gab Staatsanleihen aus, die als ethisch besonders wertvolle Investition galten mit dem Ziel, die Wirtschaft Malaysias in Schwung zu bringen.

Tatsächlich investierte der Fonds mehrere Milliarden US-Dollar in Vorzeigeprojekte der malaiischen Energie-Infrastruktur. Vor allem aber war er die wichtigste Schnittstelle eines Korruptionskarussells, das US-Steuer Gelder in der Zeit der Präsidentschaft Barack Obamas anzog und einen Teil davon über Umwege wie jene, auf denen Pras Michél unterwegs war, in die Kassen der US-Demokraten sowie ihrer Vorfeldorganisationen für deren gutmenschliche und kosmopolitische Kampagnen fließen ließ.

Gerne liefern wir Ihnen SIGNAL vier Mal im Jahr mit der Post. Bitte hier anfordern:
www.signal-online.de/zeitschrift



Pras Michél und Barack Obama hatten jahrelang gut lachen, weil ihnen über ein internationales Korruptionskarussell mehr als 100 Millionen US-Dollar zufließen. Jetzt ist einem der beiden das Lachen vergangen. Foto: YouTube-Standbild

Internationales Korruptionskarussell: Obama-Unterstützer Pras Michél zu 14 Jahren Haft verurteilt

IMPRESSUM

Herausgeber:

Signal für Deutschland e.V.

Alte Rhinstraße 16, 12681 Berlin

Vorstand nach § 26 BGB: Manfred Rouhs

Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg,

Aktenzeichen VR 36107 B

V.i.S.d.P.: Manfred Rouhs, Druck: Eigendruck

Dauerbezug nur für Mitglieder. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag von EUR 60,00 jährlich enthalten.

Donald Trump wurde 2020 von deutschen Politikern und Medienschaffenden wieder einmal öffentlich gescholten, weil er seinerzeit twitterte: „Die Administration von Obama und Biden war die korrupteste in der Geschichte.“ - Dieselben politischen und medialen Akteure vergießen jetzt Krokodilstränen über die angeblich viel zu lange und übertrieben harte Strafe für Obamas Dukatenesel Pras Michél.